

II— **2964** der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates**REPUBLIK ÖSTERREICH**

XIII. Gesetzgebungsperiode

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5.906/12-I/1-1973

1408/A.B.
zu **1393** /J.
7. Aug. 1973
Präs. am

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Deutschmann und Genossen, Nr. 1393/J vom 10. Juli 1973: "Verzögerung in der Postzustellung".

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir folgendes mitzuteilen:

Zu Punkt 1)

Mir ist nicht bekannt, daß sich im Bundesland Kärnten in letzter Zeit die Fälle häufen sollen, wonach in ländlichen Gebieten die Post an manchen Tagen nicht zugestellt wird. Nach den vorliegenden Berichten ist in der Landzustellung in Kärnten sogar eine geringfügige Verbesserung eingetreten. Die eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen werden auch im Laufe des Jahres 1973 weitergeführt, sodaß mit langsamen weiteren Verbesserungen gerechnet werden kann.

Zu Punkt 2)

Bei eventuellem Ausfall eines Zustellganges kann es sich nur um einen plötzlichen Personalausfall durch Erkrankung oder dergleichen handeln. Dies können aber lediglich Einzelfälle sein, die durch außergewöhnliche Umstände verursacht werden.

- 2 -

Zu den Punkten 3) und 4)

Die Post- und Telegraphenverwaltung ist ständig bemüht, ihre Dienste und damit auch den Zustelldienst auszubauen und zu rationalisieren. So wurden unter anderem durch Anbringung von Abgabebriefkasten insoferne wesentliche Verbesserungen der Abgabeverhältnisse herbeigeführt, als z.B. für Zustellbereiche, in denen bisher nur ein- oder zweimal wöchentlich zugestellt wurde, eine tägliche Hinterlegung in den Abgabebriefkasten erfolgt, bzw. für bisher unbestellbare Außenbezirke durch die Hinterlegung in den Abgabebriefkasten eine Abholung der nicht bescheinigten Briefsendungen nicht mehr beim entfernten Postamt, sondern vom näher gelegenen Abgabebriefkasten möglich geworden ist.

Ich möchte jedoch betonen, daß bei all diesen Maßnahmen auf den wirtschaftlichen Charakter der Post einerseits sowie auf deren Budgetgebundenheit andererseits Rücksicht genommen werden muß.

Wien, 1973 09 03
Der Bundesminister:

